



öffentlich

Drucksachen-Nr.: VI/917 **Sitzungsdatum:** 17.05.18
Beschluss-Nr.: 584/32/18 **Beschlussdatum:** 17.05.18
Gegenstand: Besetzung des Aufsichtsrates der KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH

Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung durch: Oberbürgermeister Hauptausschuss
 Betriebsausschuss Stadtvertretung

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
		Ja	Nein	Enth.	Befang.	
Hauptausschuss	12.04.18	11	-	-	-	
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss						
Betriebsausschuss						
Kulturausschuss						
Finanzausschuss	18.04.18	9	-	-	-	
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport						
Rechnungsprüfungs- ausschuss						
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-	
Stadtvertretung	17.05.18					mehrheitlich beschlossen

Neubrandenburg, 28.03.18

Silvio Witt
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage der §§ 22 Abs. 3 Nr. 12 und 71 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird durch die Stadtvertretung Neubrandenburg folgender Beschluss gefasst:

Es werden zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat der KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH entsandt:

Ifd. Nr.	Mitglied Name, Vorname	Fraktion, ZG/ Vorschlagsrecht
1.	Messner, Marco	CDU
2.	Brehmer, Christina	DIE LINKE

Finanzielle Auswirkungen:

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Begründung:

Für den Aufsichtsrat der KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH (im Weiteren: KEG) ist die Neubesetzung zu regeln, da die Amtszeit der derzeit tätigen Mitglieder am 31.07.18 abläuft.

Der Gesellschaftsvertrag sieht vor, dass der Aufsichtsrat aus 4 Mitgliedern besteht und die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrates 3 Jahre beträgt. Der Stadt Neubrandenburg steht ein Entsendungsrecht für zwei Mitglieder zu. Die Amtszeit der Mitglieder beginnt mit der Anzeige über die Entsendung bei der Gesellschaft.

Die Bestellung und Entsendung der städtischen Mitglieder im Aufsichtsrat erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durch die Stadtvertretung Neubrandenburg. Den Fraktionen der CDU und DIE LINKE steht demnach je ein Entsendungsvorschlag zu.